



Handeln aus christlicher Verantwortung

Die Jahreslosung 2009 als Verheißung und Aufforderung

| Volkmar Klein MdL

Die Jahreslosungen, festgelegt von der „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen“, sind meist eine gute Basis, um über das Jahr hinweg von Zeit zu Zeit wertvolle Impulse für das eigene Leben und Handeln zu bekommen. Das gilt in diesem Jahr wieder einmal ganz besonders und reicht bis in die politische Verantwortung hinein.

Die Jahreslosung 2009 ist Verheißung und Aufforderung zugleich: „Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich“. (Lukas 18, Vers 27) Das ist erst einmal die Zusage und Verheißung, die über den menschlichen Horizont hinausweist. Gott sprengt unsere Begrenzungen und ermöglicht uns, was bei den Menschen nicht möglich ist

bis hin zum ewigen Leben. Das alles dürfen wir von Gott erwarten. Aber wir dürfen von Gott bitte nicht das erwarten, was schon für uns Menschen möglich ist. Das ist unser Teil der Verantwortung. Die Jahreslosung ist damit auch die Aufforderung, das für uns Mögliche zu tun und unseren Beitrag zu

leisten. Als Christen sollen wir nicht weltabgewandt nur die eigene Frömmigkeit pflegen, sondern uns der Welt und den Menschen zuwenden und Verantwortung für den Nächsten übernehmen. Es ist die Aufforderung, sich nicht die Gemütlichkeit des trauten und sicheren Zuhauses genug sein zu lassen, sondern sich auf den Weg zu machen und Aufgaben zu übernehmen.

Wir müssen nutzen, was wir von Gott bekommen haben. Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und ihr gerecht werden.

Ein altes Sprichwort stellt fest: „Im Hafen ist ein Schiff am sichersten. Dort zu bleiben, ist aber nicht seine Aufgabe“. Wir alle haben Aufgaben von Gott erhalten. Für mich ganz wichtig ist der Satz: „Gottes Gaben sind auch Gottes Aufgaben“. Jeder hat Gaben von Gott bekommen.

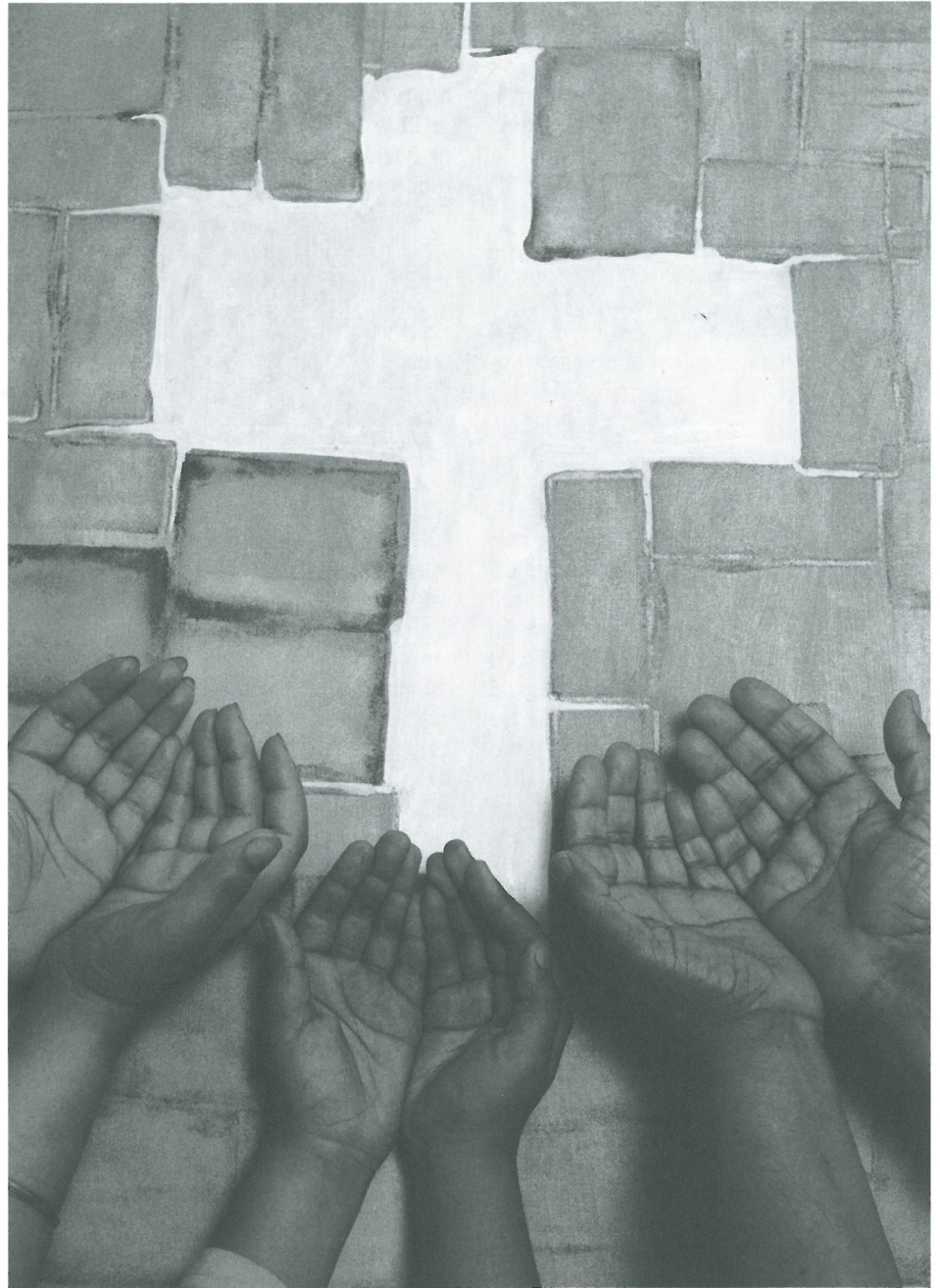
Daraus erwachsen uns Aufgaben. Wir müssen nutzen, was wir haben. Wir müssen nutzen, was wir von Gott bekommen haben. Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und ihr gerecht werden. Für Menschen handeln, uns um den Nächsten kümmern. Nicht den bequemsten Weg gehen. Das ist ein Stück Weg, den der Glaube uns vorgibt.

Das ist die Motivation, überhaupt Verantwortung in dieser Gesellschaft zu übernehmen. Verantwortung zu übernehmen nicht nur in der eigenen Familie, im eigenen Freundeskreis, in der eigenen Gemeinde, sondern allgemein in der Gesellschaft. Politik ist ein Teil davon. Natürlich muss nicht jeder Christ in der Politik Verantwortung übernehmen. So viele Positionen gibt es da auch wieder nicht, und deshalb könnte das auch nicht mein Interesse sein. Aber irgendwo in der Gesellschaft sollte man als Christ schon bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Und das auch in der Politik. Im Titus-Brief steht im 3. Kapitel: „Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. Sie sollen ihnen gehorchen und darüber hinaus bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken.“ (Tit. 3,1; Übersetzung „Die Gute Nachricht“) „... damit alle, die zum Glauben an Gott gekommen sind, darauf bedacht sind, sich mit guten Werken hervorzutun. „Das ist gut und nützt den Menschen.“ (Tit. 3,8; Luther-Übersetzung) Dabei geht es um das Wohlergehen in dieser Welt, nicht um das Seelenheil. Gutes zu tun für Menschen, soweit das möglich ist.

Vertrauen in Gott nimmt uns nicht die Verantwortung in der Welt ab. Gebet und Verantwortung passen sehr gut zusammen. Natürlich bete ich für einen sicheren Weg, aber gleichzeitig muss ich doch meinen Teil der Verantwortung übernehmen. Sich auf Gott zu verlassen bedeutet ja auch nicht, im Auto auf Sicherheitsgurte zu verzichten. Gurte zu benutzen kann man nicht als Zeichen von Unglauben werten. Mich beeindruckt die Arbeits- und Glaubenseinstellung von Martin Luther: „Bete, als nütze die Arbeit nichts. Arbeite, als nütze das Beten nichts.“ Oder ein anderer Sinnspruch, dessen Autor mir unbekannt ist: „Erbitte Gottes Segen für Deine Arbeit, aber erwarte nicht, dass er sie auch noch tut.“ Wir müssen uns auch schon selbst auf den Weg machen und Verantwortung übernehmen. Beim Autofahren, beim Erwerb unseres Lebensunterhalts und auch bei der politischen Gestaltung unserer Umgebung.

Die Übernahme von Verantwortung für den Nächsten endet nicht bei der Diakonie. Am biblischen Gleichnis des barmherzigen Samariters wird mir dies immer wieder deutlich. Der barmherzige Samariter wendet sich demjenigen zu, der unter die Räuber gekommen ist und



halbtot am Wegesrand liegt. Er verbindet seine Wunden und bringt ihn zur nächstgelegenen Herberge, damit der dortige Wirt ihn gesund pflegt. Das ist Diakonie und Nächstenliebe im besten Sinne. Aber wenn sich die Überfälle häufen, brauchen wir dann immer mehr barmherzige Samariter, oder dient dann nicht eine Polizeistation der Nächstenliebe viel mehr?

Übertragen auf die heutige Zeit kann man sich eine Kreuzung vorstellen, auf der ein Unfall passiert. Schön, dass gerade der Gedanke christlicher Nächstenliebe schon früh Rettungsdienste und Krankenversorgung initiiert hat und Verletzte heute einen Rettungswagen erwarten können. Auch hier gilt wieder: Diakonie im besten Sinne. Aber wenn sich

an dieser Kreuzung die Unfälle häufen, brauchen wir dann mehr Krankenwagen? Oder ist es nicht viel mehr am Menschen orientiert, über eine richtig geschaltete Ampelanlage oder einen Kreisverkehr nachzudenken? Damit sind wir bei politischen Entscheidungen, und das Beispiel macht deutlich, dass bei der Orientierung an christlicher Nächstenliebe das diakonische Handeln nahtlos in politische Verantwortung übergeht.

Aus dem Glauben heraus empfundene Verantwortung als Motivation auch für politisches Handeln ist das Eine. Aber wie sieht es mit den Inhalten aus, was sind die Wegmarken für politisches Handeln? Unsere christliche Vorstellung vom Menschen muss Leitschnur unseres Weges und unseres Handelns sein. Deshalb wird die Politik aber nicht christlich, es gibt auch keine christlichen